

Pedro Pablo Aguilar **Venezuela:  
Der Erdölproduzent  
unter dem  
System Chávez**

■ **Die zweifache Wirkung  
unerwarteten Reichtums**

Wenn im Gespräch mit einem Europäer das Wort „Venezuela“ fällt, dann taucht in seinem Gedächtnis der Gedanke an Erdöl auf. Interessiert er sich für internationale Wettbewerbe zur Wahl von Schönheitsköniginnen, dann könnte er hübsche Frauen assoziieren. Wenn er ein Faible für Nachrichten über kuriose Verhältnisse der unterentwickelten Welt hat, dann könnte ihm einfallen, dass in jenem Lande ein exzentrischer Soldat und begeisterter Bewunderer Fidel Castros regiert.

Der Regierungschef Venezuelas ist eine eigenartige Gestalt, die sich ganz bewusst der Gesten und Sprache eines Possenreißers bedient, um die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf sich zu lenken. Es handelt sich um einen früheren Fallschirmjägeroffizier, der 1992 einen gescheiterten Militärputsch angeführt hat und 1998 von der Mehrheit des Volkes zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Sein Name ist Hugo Chávez, und er verhehlt durchaus nicht seine Absicht, Venezuela genauso zu regieren, wie es Fidel in Kuba tut, nämlich bis zum Ende seines Lebens.

Auch diejenigen haben Recht, die mit Venezuela die Vorstellung hübscher Frauen verbinden. Venezolanische Mädchen siegen oft in Miss-Wahlen. Sie sind ebenfalls sehr gefragt, wenn es darum geht, Schauspielerinnen für endlose Soap-Operas zu finden, die dann weltweit ausgestrahlt werden und in denen der Charme und die Reize typisch tropischer Weiblichkeit reichlich zur Geltung kommen.

**Erdöl, Schönheitsköniginnen und seit kurzem auch ein exzentrischer Regierungschef – dies sind die Gegebenheiten, mit denen der Name Venezuela verbunden wird. Die Ausbeutung der Ölvorräte hat dem Land indes nur vorübergehenden Wohlstand, aber nicht die Lösung seiner schweren politischen und sozialen Probleme beschert. Die kennt auch der seit kurzem amtierende Präsident Hugo Chávez offenbar nicht. Als Bewunderer Fidel Castros und Vertreter eines irrationalen Politikbegriffs scheint Chávez in der Tradition linker lateinamerikanischer Diktatoren zu stehen, denen die Pflege ihres Charismas wichtiger ist als die kompetente Landesführung. Entsprechend trostlos ist das Bild Venezuelas unter dem neuen starken Mann: Die Misachtung von Menschen- und Bürgerrechten sowie die systematische Gängelung der Medien sind Charakteristika einer politischen „Kultur“, für deren Entwicklung auch in Zukunft kaum Positives zu erwarten ist.**

Vom Erdöl ist der Gedanke an Venezuela in den letzten achtzig Jahren nicht zu trennen. Dies ist so sehr der Fall, dass sowohl die Schönheitsköniginnen als auch der Kommandant Chávez als Nebenprodukte dieses Rohstoffs anzusehen sind.

Die Suche nach Lagerstätten von Erdöl und Erdgas sowie ihre Ausbeutung setzte in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ein, aber erst 1922 lenkte ein unvorhergesehenes Ereignis das Augenmerk der Welterdölwirtschaft auf Venezuela. Dieses Ereignis war der „Ausbruch“ von La Rosa. Am Ufer des Maracaibosees wurde nach Erdöl gebohrt. Plötzlich stieg aus dem Bohrloch eine riesige Fontäne, die zwei Wochen lang jeden Tag 1600 Barrels in die Luft schleuderte. Wenig später war die Zahl der sich fieberhaft mit Erdölaktivitäten beschäftigenden Unternehmen auf siebenzig gestiegen, und 1929 war Venezuela bereits der zweitgrößte Erzeuger der Welt. Erdöl erbrachte 80 Prozent aller Einkünfte des Staates. Während des Zweiten Weltkriegs festigte Venezuela seine Stellung als größtes Ausfuhr- und drittgrößtes Erzeugerland, und es nahm diese Ränge bis zum Beginn der siebziger Jahre ein, als Saudi-Arabien zum größten Ausfuhrland wurde.

Die zweifache Wirkung, die das Erdöls auf das Leben der venezolanischen Gesellschaft ausgeübt hat, ist beeindruckend. Gutes und Schlechtes lagen nahe beieinander: Doktor Jekyll und Mr. Hyde, wie in der phantastischen Erzählung Robert Louis Stevensons.

### ■ Die positive Rolle des Erdöls

Vor dem Ölboom gehörte Venezuela zu den rückständigsten Ländern Lateinamerikas. Drei Millionen Einwohner lebten weit verstreut auf einem Gebiet von fast einer Million Quadratkilometern. Die überwältigende Mehrheit dieser Menschen waren Analphabeten, sie wohnten auf dem Lande und waren den schrecklichen endemischen Krankheiten schutzlos ausgeliefert. An Malaria litten bis zu einer Million Einwohner, ein Drittel der Gesamtbevölkerung.<sup>1)</sup> Die Bauern arbeiteten unter Sklaverei-ähnlichen Bedingungen auf den Haziendas der militärischen Führer, wenn sie ihnen nicht als Aufgebot in endlosen Bürgerkriegen dienten.

1) Arnaldo Gabaldón, *Problemas de población y la campaña contra la malaria*, Caracas 1956.

Die Wirtschaft war von Kaffee und Kakao abhängig, denn dies waren praktisch die einzigen Ausfuhrerzeugnisse, aber die Exportmengen reichten kaum aus, um Konsumgüter für die kleine kaufkräftige Minderheit einzuführen. Es gab nur zwei Universitäten und etwa zwanzig schlecht ausgestattete Krankenhäuser.

Das Erdöl ermöglichte Venezuela einen raschen Fortschritt. Dank der vom „schwarzen Gold“ finanzierten Staatsausgaben vollzog sich das Wunder seiner Verwandlung in ein Land von überwiegend städtischem Charakter, das von ausgezeichneten Verkehrsverbindungen durchzogen ist, dessen Bevölkerung gesund ist und über Schulbildung verfügt. Es entstand eine einflussreiche Mittelschicht, deren Reihen durch eine Million Europäer verstärkt wurden, die zwischen 1945 und 1958 ins Land einwanderten. Der Magnet, der sie an die venezolanischen Küsten gebracht hatte, war das Erdöl. Diese Einwanderer schufen durch ihre Arbeit Reichtum; sie hatten maßgeblichen Anteil an der Modernisierung Venezuelas.

Dies war die positive Periode des Erdöls. Das Verhalten des Dr. Jekyll. Es war ebenso vorbildlich wie das der Eliten, die die Regierungspolitik bestimmten. Sie taten es mit der klugen Vorsicht von Bauern, denn sie stammten aus einem ländlichen Milieu oder waren die Kinder reichgewordener Landwirte. Einige hatten die besten Universitäten Europas und Nordamerikas besucht. Sie respektierten Keynes, aber ihre Grundregel besagte, dass die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen dürften.

Fünfundvierzig Jahre lang blieb das Wirtschaftswachstum außerordentlich hoch. Im Durchschnitt 7,1 Prozent im Jahr. Ein gesundes Wachstum, ohne Inflation. Die Arbeitslosenrate hielt sich im einstelligen Bereich. Charakteristisch war die Währungsstabilität. Vier Jahrzehnte lang bewegte sich der Wechselkurs des Bolívar, der venezolanischen Währung, innerhalb der Bandbreite von 3,50 bis 4,50 pro US-Dollar.<sup>2)</sup>

Ein ausgeglichener Staatshaushalt, umsichtige Zurückhaltung bei der Verschuldung, Bilanzüberschüsse, und zugleich wurde besonders darauf geachtet, dass die Devisenreserven auf angemessenem Niveau blieben.

2) Asdrúbal Baptista, *Economía, petróleo y renta*, Edic. IESA. Caracas 1997.

Dies waren die Kennzeichen der positiven Phase des Erdöls und einer Steuerung der Volkswirtschaft, die bäuerlichen Grundsätzen folgte.

Anfang der siebziger Jahre hieß es, Venezuela werde das erste Land Lateinamerikas sein, das in den „exklusiven Klub der Entwickelten“ aufgenommen werden könne. Diese Prognose entbehrte nicht der Grundlage. Als UNDP mit der Veröffentlichung des „Human Development Index“ begann (1991), hatte das Erdöl schon mehrere Jahre lang extrem negative Wirkungen verursacht. Dennoch schien Venezuela das nach seinem Pro-Kopf-Einkommen am besten positionierte Land Lateinamerikas zu sein – eine durchschnittliche Lebenserwartung von 70 Jahren, ein Alphabetisierungsgrad von 89 Prozent, mittlere Dauer des Schulbesuchs 6,5 Jahre. Der Human Development Index lag bei 0,82, ein gutes Stück höher als bei den anderen großen in der OPEC zusammengesetzten Erzeugerländern.<sup>3)</sup>

3) *Anuario económico y geopolítico mundial*, AKAL.

### ■ Erdöl als Exkreme des Teufels

Der Venezolaner, der durch Wort und Tat den größten Einfluss auf die Erdölpolitik ausgeübt hat, war Juan Pablo Pérez Alfonzo, dem die *New York Times* zu Recht den Titel eines „Vaters der OPEC“ verlieh. Die *Financial Times* und das Nachrichtenmagazin *Time* machten den von ihm so genannten „Venezuela-Effekt“ in der ganzen Welt bekannt: die Schäden, die dem Lande durch die kausale Verknüpfung zwischen einem nicht durch eigene Anstrengung geschaffenen Reichtum und einem Staat erwachsen, dessen Verwaltung es an Effizienz fehlte. Ein Staat, der ganz auf unproduktive, *pharaonische* Projekte fixiert war und der über die gigantische Vergrößerung der Bürokratie, durch Verschwendung und alle Arten von Subventionen für die Bevölkerung eine Umverteilung anstrebte.

Es war Pérez Alfonzo, der Mitte der siebziger Jahre warnend darauf hinwies, dass Venezuela dabei sei, immer stärker in den „Exkrementen des Teufels“ zu versinken, wie er schließlich das Erdöl nannte. Der Venezuela-Effekt „führte zu Auflösungserscheinungen im Gewebe der Nation“. Das Erdöl war zum Motor einer Katastrophe geworden.

Zwischen dem Denken und den Erfolgen von Pérez Alfonzo einerseits und gewissen Tatsachen an-

dererseits besteht eine bemerkenswert paradoxe Beziehung. Auch bei wertfreier Betrachtung sind diese Beziehungen ausgesprochen verblüffend. Sie verdienen Erwähnung, denn Pérez Alfonzo wird selbst noch nach seinem Tode für den Venezolaner gehalten, der die Erdölpolitik mit der größten gedanklichen Schärfe und Leidenschaft untersucht und beeinflusst hat.

Bevor er zum Vater der OPEC wurde, war er bereits der Vater der Verstaatlichung des Erdöls, dessen Förderung durch Konzessionen an große multinationale Konzerne geregelt war. 1948, als er das Ministerium für Bergbau, Erdöl und Erdgas leitete, kündigte er an, dass Grundlage der Erdölpolitik das Prinzip „keine Konzessionen mehr“ und die Schaffung eines staatlichen Erdölunternehmens, der Corporación Venezolana del Petróleo (CVP), sein werde. Er hatte ein solches Unternehmen bereits 1940 als Abgeordneter der Opposition vorgeschlagen und verwirklichte dieses Vorhaben zwanzig Jahre später als Minister dieses Ressorts im Kabinett Rómulo Betancourts an einem 19. April, einem nationaler Feiertag. „Die CVP entspricht legitimen Bestrebungen und Hoffnungen des venezolanischen Volkes.“

Die andere von Pérez Alfonzo 1948 gemachte Ankündigung, es solle „keine Konzessionen mehr“ geben, verwandelte sich aus einem populären Wunsch bis hin zu einer Kampfparole und allgemeinen Forderung, und diese Entwicklung ging so weit, dass es am Ende der siebziger Jahre gar nicht mehr notwendig war, die multinationalen Gesellschaften zu enteignen, sondern diese erklärten sich damit einverstanden, ihre Einrichtungen an den Staat zurückfallen zu lassen und über die vollständige Verstaatlichung der Erdölindustrie zu verhandeln.

Verstaatlichung und Preise waren die zwei großen Ziele Pérez Alfonzos. Die Venezolaner begannen ab 1949, mit den nahöstlichen Erzeugerländern über Preise zu sprechen. Als Pérez Alfonzo 1959, nach dem Sturz der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez, in das Ministerium für Bergbau, Erdöl und Erdgas zurückkehrt, wird er zur treibenden Kraft bei der Organisation des Ersten Arabischen Erdölkongresses, der in Kairo unter seiner Beteiligung zusammentritt. Er unterschreibt mit den Arabern eine private Vereinbarung, die den Vorläufer der OPEC bildet. Diese

wird dann am 14. September 1960 offiziell in Bagdad gegründet.

Pérez Alfonzo erreicht es, dass seine beiden großen Träume Wirklichkeit werden. Das Erdöl wird verstaatlicht, und bei seinem Tode im Jahre 1979 nähert sich der Barrelnpreis der Zwanzig-Dollar-Marke, obwohl noch zehn Jahre zuvor der Preis für venezolanisches Rohöl auf US-Dollar 1,81 gefallen war. Das Paradoxe besteht darin, dass die Verwirklichung seiner Träume zeitlich mit dem Beginn der schweren Wirtschaftskrise zusammenfiel, die Venezuela in den letzten zwanzig Jahren durchgemacht hat. Man fing an, seinen von bösen Ahnungen geprägten Ausspruch zu verstehen: „Wir versinken in den Exkrementen des Teufels.“

### ■ Die Subkultur des Ölarbeiterlagers

Natürlich ist an der Krise nicht das Erdöl schuld, sondern die falschen kulturellen Paradigmen, die es in der venezolanischen Gesellschaft hervorbrachte. Der durch das Erdöl entstandene Überfluss veränderte die kollektive Geisteshaltung und schuf die Subkultur eines Ölarbeiterlagers. Zahlreiche Untersuchungen belegen, was die meisten dachten: „Venezuela ist das reichste Land der Welt. Es ist nicht recht, dass es noch Arme gibt. Bei so viel Reichtum haben wir alle ein Recht auf Wohlstand.“ Diesen falschen Schablonen folgte die führende Elite und verteilte Mittel, ohne eine produktive Reaktion zu erwarten. Man folgte einem derart unsinnigen Entwicklungsmodell, dass die Staatsunternehmen in zwanzig Jahren Verluste von mehr als 20 Milliarden Dollar erwirtschafteten.

Venezuela ist kein reiches Land und ist es auch nie gewesen. Der Reichtum befand sich in den Händen der fast immer ineffizienten, korrupten Regierungen. Möglicherweise bildet der Abgrund zwischen einem zu reichen Staat und einer zu armen Gesellschaft eben gerade den Kern der venezolanischen Krankheit.

Die Subkultur des Ölarbeiterlagers, der Mythos des Reichtums, der als Wohltäter auftretende Staat, der stets bereit ist zu geben, ohne eine Gegenleistung zu verlangen, das vom Populismus geprägte politische Projekt mit seiner Tendenz, alle zufrieden stellen zu wollen – alles dies ermöglichte über einen langen Zeitraum hinweg das Bestehen einer Illusion der Har-

monie, solange sich ein gewisses Gleichgewicht zwischen den aus dem Erdöl stammenden Einkünften, dem Wachstum und der Verteilung der Bevölkerung halten konnte.

Die unheilvollen Auswirkungen des Erdöls machten sich im Rahmen des Venezuela-Effekts gerade in einer Phase besonders hoher Preise, die nur noch den heutigen vergleichbar sind, bemerkbar. Mehr noch als das Bündnis mit den Erzeugern waren es die bewaffneten Konflikte im Nahen Osten, welche den starken Preisauftrieb verursachten. Im Zeitraum von 1974 bis 1978 verdreifachten sich die Erdöleinkünfte des Staates. Von drei Milliarden Dollar stiegen sie auf neun Milliarden.

In derselben Zeit wuchsen die Schulden des Landes um zehn Milliarden Dollar, und diese Verschuldung stieg weiter bis auf über 30 Milliarden. Dies entspricht der Größenordnung der gegenwärtigen Auslandsverschuldung, der sich in den letzten zwei Jahren eine Inlandsschuld von mehr als zehn Milliarden hinzugesellt hat.

Nach Angaben des Volkswirtschaftlers Orlando Ochoa wuchs die Wirtschaft in den letzten zwanzig Jahren des 20. Jahrhunderts im Durchschnitt um 1,5 Prozent und die Bevölkerung um 2,4 Prozent jährlich. Eine zwei Jahrzehnte lang anhaltende stetige Abnahme des Pro-Kopf-Einkommens um 1,5 Prozent jährlich. Dieser dramatische Rückgang hat dazu geführt, dass die Venezolaner heute dasselbe Realeinkommen haben wie 1955. Die unheilvolle Auswirkung eines vom Erdöl verursachten Geldregens, der schlecht verwaltet worden ist.

In der positiven Phase des Erdöls hat Venezuela es nicht vermocht, eine auf den Gebieten der Produktion und Ausfuhr starke und diversifizierte Wirtschaft hervorzubringen, mit der sich die Abhängigkeit vom Erdöl hätte vermindern lassen. In der durch extrem schädliche Auswirkungen gekennzeichneten Periode brach die makroökonomische Stabilität zusammen, und dies verhinderte die erfolgreiche Umsetzung einer neuen Entwicklungsstrategie.<sup>4)</sup>

4) Orlando Ochoa, *Petróleo y crecimiento económico*, Caracas 2001.

## ■ Kommandant Chávez erscheint auf der Bühne

Die gegen Ende des 20. Jahrhunderts existierende Gesellschaft versteht nicht, wieso es „im reichsten Land

der Welt“ zu dieser allgemeinen Verarmung kommen konnte. Die Enttäuschung über die Nichterfüllung der von den Regierungen angekündigten populistischen Programme wächst ständig. Die Gesellschaft befindet sich im Gleichklang mit der „Antipolitik“, deren heftige Windböen in den zerbrechlichen Demokratien der Region große Verwüstungen anrichten. Die traditionellen Parteien haben ihre ideologische Motivation verloren, sie sind zersetzt von inneren Kämpfen und Korruption, haben sich in politische Maschinen verwandelt, die voller Opportunismus nur im Interesse ihrer jeweiligen Klientel handeln und keine Wähler mehr begeistern können.

In diesem Szenario tritt nun der Kommandant Chávez als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten auf. Was er sagt, ist einfach: „Im reichsten Land der Welt lebt die überwältigende Mehrheit der Menschen in extremer Armut. Die Politiker haben das Vermögen der Gemeinschaft gestohlen. Ich biete an, die Leiden des Volkes zu rächen und die Schuldigen zu bestrafen. Wir verfügen über gewaltige Ressourcen. Was not tut, ist Gerechtigkeit bei der Verteilung des Reichtums. Und das ist es, wofür ich als Präsident sorgen werde.“

Angesichts der wachsenden Sympathien, die sich dem Kandidaten Chávez zuwenden, beschließen die Eliten, ihm eine schöne junge Frau entgegenzustellen, die einst den Titel einer Miss World gewonnen hatte. Ein symbolisches Dreieck: Venezuela-Effekt, Schönheitskönigin und eine sonderbare Gestalt namens Hugo Chávez.

Thomas Eloy Martínez, ein angesehener argentinischer Intellektueller, wurde im Dezember 1998 von der Zeitung *La Nación*, mit Sitz in Buenos Aires, nach Venezuela gesandt, um den von den Venezolanern zum Präsidenten gewählten früheren Fallschirmjägerkommandanten zu interviewen. Das Interview wurde länger als vorgesehen und dauerte über zwei Stunden. Der Eindruck, den der argentinische Schriftsteller gewann, wurde von ihm für die Geschichte festgehalten.

„Nichts ist so wichtig“, schrieb er, „wie die Beantwortung der Frage, ob Chávez der letzte Vertreter einer Gattung von Diktatoren ist, die in Lateinamerika gewählt worden sind, weil die unteren Volksschichten nach ihnen verlangten, oder der erste einer



neuen, noch unbekanntem Spezies, die noch schrecklicher ist als die früheren.“

Der argentinische Intellektuelle bewies eine bewundernswerte Intuition, als er die Natur des von Chávez vertretenen Projekts erkannte. Ähnliche Ansichten äußerten auch andere hervorragende lateinamerikanische Intellektuelle, die sich für Chávez interessierten, wie beispielsweise der Peruaner Mario Vargas Llosa, der Kolumbianer Gabriel García Márquez, der Kubaner Carlos Alberto Montaner und der Mexikaner Carlos Castillo Peraza.

„Eine neue, unbekannte Spezies“, sagte Martínez. In der Tat, Chávez entspricht nicht der klassischen Gestalt des lateinamerikanischen Diktators. Sogar gegen die Verwendung dieses Ausdrucks ließe sich Einspruch erheben. Denn schließlich wurde Chávez durch Wahlen zum Staatspräsidenten.

### ■ Ein aus Wahlen hervorgegangenes autokratisches Regime

In venezolanischen Hochschulen sind Veranstaltungen mit dem Ziel durchgeführt worden, eine Bestimmung des von Chávez repräsentierten Modells von einem politikwissenschaftlichen Ansatz her zu versuchen. Die vorherrschende Meinung besagt, dass es sich um ein aus Wahlen hervorgegangenes autokratisches Regime handelt.

Tatsächlich gelangte er im Dezember 1998 durch allgemeine Wahlen ins Präsidentenamt. Aber er weigerte sich, seinen Eid auf die Verfassung zu leisten. Er behauptete, er verstehe seine Wahl als ein vom Souverän erteiltes Mandat zur Neugründung der Republik, und zu diesem Zwecke wolle er eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen. Um den Einwand abzuwehren, eine derartige Institution sei in der Rechtsordnung nicht vorgesehen, machte er von eben jener Waffe Gebrauch, die er auch später stets verwenden sollte, nämlich der Volksbefragung. „Soll doch der Souverän sich dazu äußern.“ Dieser Satz dient ihm als Argument zur Legitimierung des von ihm geleiteten Prozesses und als Werkzeug zur permanenten politischen Mobilisierung seiner Anhänger.

In zwei Jahren ließ er sechs Wahlen abhalten. Die letzte (am 3. Dezember 2000) wurde ein völliger Fehlschlag. Die Wahlenthaltung war so offensichtlich,

dass sogar von offizieller Seite zugegeben wurde, sie habe die 80 Prozent überstiegen. Drei Tage danach, am 6. Dezember 2000, sandte er eine Botschaft an die Militärgarnisonen: „Das Vertrauen des Volkes in meine Führerschaft als dem zentralen Element dieses Prozesses ist ungebrochen.“

Wenn die Hochschuldozenten von Autokratie sprechen, dann tun sie dies unter Berufung auf den Wortsinn: „ein Regierungssystem, bei dem der Wille eines einzigen Menschen oberstes Gesetz ist.“<sup>5)</sup> Das ist die Art von Regierung, die er errichtet hat. Er vereinigt in sich die Kompetenzen eines Staats- und eines Regierungschefs. Er ist befugt, durch Verordnungen zu regieren. Die Aufgaben eines Parlaments wurden einer Versammlung zugewiesen, in der ihm ergebene Anhänger über die Mehrheit verfügen. Der Präsident kann sie auflösen, und er verhehlt nicht seine Absicht, so zu verfahren, wenn auch nur bescheidene Bestrebungen nach Unabhängigkeit sich bei den Mitgliedern der Versammlung bemerkbar machen. Das Parlament, ein Verfassungsorgan, wirkt weder gesetzgebend noch durch Ausübung seiner Kontrollfunktion. Richter werden abgesetzt und ausgetauscht nach Maßgabe des Eindrucks, den man von ihrer Loyalität gegenüber der Revolution hat. Dies war auch das Kriterium bei der Ernennung der Richter des Obersten Gerichtshofs (Tribunal Supremo), dessen Entscheidungen sich immer nach dem Willen der Exekutive richten. Jeder Ansatz zu einer abweichenden Haltung kann zur Absetzung führen, und die Versammlung ist befugt, eine solche zu veranlassen.

Dies also sind die Merkmale, die das politische Regime Venezuelas unter der Regierung Chávez kennzeichnen. Mary Robinson, Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, stattete Venezuela einen Besuch als Beobachterin ab. In dem diskreten Stil, zu dem sie durch ihr hohes Amt verpflichtet ist, gab sie ihren Standpunkt zu erkennen: „Da ist eine Tendenz zur Zentralisierung der Macht, aber es gibt keine Gegengewichte für die Erhaltung des Rechtsstaats.“

### ■ Eine in Lateinamerika neue Spezies

Es ist keine diffamierende Beschuldigung, wenn man Chávez als Autokraten bezeichnet. Er selbst hat seine

5) *Diccionario de la Lengua Española.*

Absicht, als Autokrat zu regieren, öffentlich kundgegeben. Er tat dies bei der Übernahme des Präsidentenamts. Seine Entscheidung, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, war eine offensichtliche Verletzung der Verfassung. Er schrieb einen Brief an das noch bestehende Oberste Gericht (Corte Suprema de Justicia), in dem er das Argument, auf das sich seine Entscheidung stützte, darlegte. „Das Prinzip der ausschließlichen Kompetenz des Präsidenten für die Lenkung des Staates“. Gleichzeitig wies er warnend darauf hin, er übernehme keine Verantwortung für die Reaktion der Volksmassen, falls das Gericht die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung zu behindern suche.

Das eingeschüchterte Gericht sah davon ab, die Verfassung zu schützen und gab den Weg zur Abschaffung der Institutionen, sich selbst eingeschlossen, frei. Die wiederholte Verletzung der Rechtsstaatlichkeit und wesentlicher demokratischer Prinzipien veranlasste die katholische Kirche zu einer kritischen Stellungnahme auf der Grundlage einer ethischen Sicht des öffentlichen Lebens. Chávez sandte der Bischofskonferenz einen in harschem Ton gehaltenen Brief, in dem er sie dafür tadelte, sein politisches Projekt nicht verstanden zu haben. „Die Kriterien für das Projekt sind in meinem Schreiben an das aufgelöste Oberste Gericht enthalten: das Prinzip der ausschließlichen Kompetenz des Präsidenten für die Lenkung des Staates.“

Vielleicht ist die moderne Form der in Lateinamerika noch möglichen Diktatur die sich auf Volkssentscheide stützende Autokratie. Die klassischen Modelle, die ihr Entstehen einer Revolution, einem Staatsstreich oder einem „gegen sich selbst gerichteten“ Staatsstreich verdanken, sind nicht mehr lebensfähig. Aus dieser Sicht ist die von Martínez vorgebrachte Einschätzung zutreffend. Es handelt sich um eine neue Spezies, die zur politischen Gegenwartsepoche Lateinamerikas passt.

### ■ **Vorurteile und Wirklichkeit**

Die Zeitschrift *Economía y Ciencias Sociales* der Universidad Central de Venezuela hat das Bild untersucht, das man sich im Ausland von dem durch Chávez geleiteten politischen Prozess macht.<sup>6)</sup> Die Untersuchung gibt das Bild von Intellektuellen und

6) Caracas, August 2001.

Experten wider, die der Ansicht sind, die negative Behandlung, welche Chávez von Seiten nordamerikanischer und europäischer Medien zuteil wird, sei von Vorurteilen bestimmt. Zu seinen Gunsten sprächen drei Aspekte: Es sei eine fortschrittliche Verfassung angenommen worden, Chávez habe in mehreren Wahlen, die unter seiner Präsidentschaft abgehalten wurden, gesiegt, und die Meinungsfreiheit im Lande werde geachtet.

7) Angel Bernardo Viso, *Las revoluciones terribles*, Caracas 2001, Allan Brewer Caria, *La Constitución de 1999*, Caracas, Jesús María Casal, *Los estados de excepción*, Caracas 2000.

Jede Diskussion über die Eigenschaften der Verfassung wäre zwecklos. Die Juristen<sup>7)</sup> vertreten den Standpunkt, die Verfassung komme weder theoretisch noch praktisch zur Anwendung.

Dieses Urteil wird durch überzeugende Feststellungen gestützt, aber auch dadurch, dass sich Chávez – mit der Zustimmung des Obersten Gerichtshofs – darauf beruft, es existiere ein über der Verfassung stehender und zur Verwirklichung der Revolutionsziele notwendiger Übergangstatus. Es ist der Staatspräsident, der darüber entscheidet, ob eine bestimmte Situation von einer Verfassungsnorm geregelt wird oder ob sie ihre Grundlage in jenem Übergangstatus hat.

Hier muss angemerkt werden, dass derartige Ungereimtheiten keineswegs nur ein spezifisches Merkmal der gegenwärtigen Situation Venezuelas darstellen. Sie sind vielmehr Ausdruck jener juristischen Gegenkultur, die in großen Teilen Lateinamerikas weit verbreitet ist. Es sind Probleme mentaler Unterentwicklung, die die Gesellschaft unsensibel machen für die grundlegende Rolle des Rechtsstaats, als dem Garanten für das Zusammenleben der Menschen.

Was die von Chávez errungenen Wahlsiege angeht, steht die Deutlichkeit seines Sieges im Dezember 1998 außer Zweifel. Die Korrektheit, mit der diese Wahl durchgeführt wurde, widerspricht der Verteufelung der vorangegangenen demokratischen Regierungen durch Chávez. Er genoss sämtliche Rechte und Garantien, die eine echte Demokratie dem gewährt, der ein Wahlamt anstrebt.

Die späteren Wahlen wurden dagegen sehr kritisch in Frage gestellt. Außer der in Venezuela selber formulierten Kritik verdient auch die einer ausländischen Institution Beachtung, die die Wahlen beobachtet hat, nämlich des Carter-Centers.

Die Einwände des Carter-Centers lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: a) konfuse Richtlinien zur Durchführung der Wahl, b) Inkompetenz und zweifelhafte Unparteilichkeit der die Abläufe verwaltenden Gremien, c) übertrieben komplizierte Verfahrensweisen für die Stimmabgabe, ohne ausreichende und rechtzeitige Aufklärung der Wähler, d) gravierende Mängel bei den Wählerlisten, e) die Weigerung, Wahlvorgänge vorher zu simulieren, um das korrekte Funktionieren des automatischen Systems sicherzustellen, f) die Weigerung, eine Überprüfung des Systems zuzulassen, obwohl eine solche Überprüfung einen üblichen Routinevorgang darstellt, mit dem man sich vergewissert, dass die Stimmen korrekt gezählt und registriert werden, g) das Fehlen einer Kontrolle des bei der Wahl verwendeten Materials, womit sich betrügerische Praktiken wie eine doppelte Stimmabgabe und im Voraus markierte Wahlzettel verhindern ließen, h) Nachlässigkeit oder Ablehnung, wenn es darum ging, über Anfechtungs- oder Nichtigkeitsklagen zu entscheiden. „Da eine unparteiische und rechtzeitige Behandlung der Klagen fehlte, sind die Wahlen nur eine von Willkür bestimmte Übung, der man die Anerkennung als Ausdruck des Volkswillens auch verweigern kann.“<sup>8)</sup>

Der Verdacht, es fände Wahlbetrug statt, überschattet die politische Landschaft. Unabhängig davon, ob dieser Verdacht nun begründet oder falsch ist, bleibt doch unbestreitbar, dass kein gerechtes und in echtem Sinne demokratisches System angewandt wird.

Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung (am 25. Juli 1999) erkannte der Polo Patriótico des Präsidenten sich selber 93 Prozent der Mandate zu. Den Vertretern der Opposition, die 38 Prozent der Stimmen erhielten, wurden gerade einmal sechs Sitze zugesprochen.

Bei der Wahl am 30. Juli 2000 wurde anerkannt, dass das Wahlbündnis des Präsidentschaftskandidaten Arias Cárdenas 40 Prozent der Stimmen erhalten hatte; dennoch erhielt es nur drei Sitze in der Versammlung.

## ■ Bürgerliche Freiheiten

Was die Ausübung der bürgerlichen Freiheiten wie der Meinungs- und Informationsfreiheit angeht, ist es

8) Centro Carter, *Observando el cambio político en Venezuela*, Informe final. Februar 2001.

bereits zu einem Bestandteil der venezolanischen Folklore geworden, dass alle Rundfunk- und Fernsehsender des Landes sich ein- oder zweimal pro Woche zusammenschalten müssen, um eine der Reden des Präsidenten an die Nation zu übertragen. In diesen Reden spricht der Staatspräsident Tadel, Drohungen und Diffamierungen aus, und stachelt die Öffentlichkeit zum Hass auf die Eigentümer oder Verantwortlichen der Medien auf.

In Venezuela werden täglich Klagen über Verletzungen der Bürger- und Menschenrechte laut. Irgendeine reale Grundlage müssen sie wohl haben, denn oft bestätigen internationale Gremien und Institutionen die Berechtigung dieser Klagen, oder sie protestieren, drücken ihre Sorge aus oder beginnen eine Untersuchung, wie es zur Zeit beispielsweise die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte und die Internationale Arbeitsorganisation tun.

Chávez behauptet, die Anklagen gegen seine Regierung, die vom Referenten für Menschenrechtsfragen der Organisation Amerikanischer Staaten, vom Internationalen Presseinstitut, der Interamerikanischen Pressegesellschaft, Human Rights Watch, amnesty international und einer beträchtlichen Anzahl ähnlicher Institutionen oder Organisationen erhoben werden, seien Teil einer internationalen Verschwörung gegen die Bolivarische Revolution.

### ■ Die Wirtschaftspolitik

Staatspräsident Chávez wird häufig von Korrespondenten europäischer oder nordamerikanischer Zeitungen interviewt. Er hat dabei stets beharrlich auf die großen Erfolge seiner Wirtschaftspolitik hingewiesen. Seine Argumente: Die makroökonomischen Kennziffern sind positiv. Der Stand der Devisenreserven ist gut. Die Inflation befindet sich unter Kontrolle. Der Rückgang des BIP ist gestoppt worden und die Wachstumsrate der Wirtschaft beginnt wieder positiv zu werden.

Es ist nun so, dass die Mehrheit der Wirtschafts- und Finanzfachleute, insbesondere die akademisch anerkanntesten, seit langem schon die Wirtschaftspolitik in Frage stellen. Ihre Gründe lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Wichtig sind vor allem jene Indikatoren, die mit der realen Wirtschaft zu tun haben, mit Arbeitsplät-

zen, der Produktion und dem Investitionswachstum. Die offiziellen Statistiken geben Raten von 15 Prozent Arbeitslosigkeit und 55 Prozent Unterbeschäftigung an. Die letztgenannte Zahl verweist auf den informellen Sektor. Mehr als die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung ist in prekärer Lage auf eigene Rechnung, ohne Sozialversicherung und bei einem Einkommen unterhalb des Subsistenzniveaus tätig.

Die hohen Rohölpreise wirkten sich zugunsten der Regierung aus. Der Überschuss in der Zahlungsbilanz belief sich im Jahre 2000 auf 14 Milliarden Dollar. Für 2002 wird ebenfalls mit einem hohen Überschuss gerechnet, denn die Preise haben sich gehalten. Dem steht gegenüber, dass das Misstrauen der wirtschaftlichen Akteure zu einer Kapitalflucht von über 16 Milliarden Dollar geführt hat. Es wird nicht investiert, Unternehmen schließen.

Das angekündigte Wirtschaftswachstum von drei Prozent lässt sich gar nicht wahrnehmen, denn die Wachstumsrate der Bevölkerung beläuft sich auf 2,5 Prozent. Hinzu kommt eine Überbewertung der Währung um mehr als 50 Prozent. „Wir stehen vor der paradoxen Situation einer reichen Regierung mit einem hohen Bilanzüberschuss, die dennoch Reserven verliert und die solche Produktionszweige außerhalb der Erdölwirtschaft abbaut, die auf den internationalen Märkten nicht wettbewerbsfähig sind.“<sup>9)</sup>

Für die Inflation gilt, dass sie nicht kontrolliert, sondern unterdrückt ist, und zwar durch den Rückgang des Verbrauchs und die Ablehnung einer Korrektur des Wechselkurses. Die bevorstehende Kontrolle des Geldumtauschs als eine notwendige Maßnahme zur Drosselung der Kapitalflucht ist der Vorläufer einer massiven Abwertung, die zu einem rasanten Anstieg der Inflationsrate führen wird.

Dies sind pessimistische Einschätzungen, aber sie erklären das hohe Risiko-Rating des Landes, das die Investitionen fernhält. Infolgedessen haben sich die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Venezolaner stärker verschlechtert als in früheren Jahren.

Hier haben wir wieder die unheilvollen Auswirkungen einer ganz vom Erdöl abhängigen Wirtschaft vor uns, die, anstatt die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, daran Geschmack findet, das populistische Rentiersmodell zu fördern.

9) Miguel Rodríguez. Früherer Planungsminister und ehemaliger Präsident der Zentralbank. *El Nacional*, 9. 9. 2001.

## ■ Die Persönlichkeit des Herrn Chávez

Chávez' Persönlichkeit ist schon Gegenstand der Untersuchung durch Psychiater und Psychologen gewesen. Sie halten ihn für einen Psychopathen: Überschätzung des eigenen Ich, Misstrauen, Hochmut, das Fehlen selbstkritischer Reflexion, rigide Vorstellungen, die er sich zu eigen macht, weil er sich für einen Menschen hält, dessen Intuition von der Vorsehung geleitet wird, eine Interpretation der Wirklichkeit im Ausgang von falschen Prämissen. Phantasien von Erfolg, Macht, einem brillanten Verstand, das Bedürfnis nach Bewunderung und Aufmerksamkeit. Schwierigkeiten beim Ertragen von Frustrationen.

John Lee Anderson machte für den *New Yorker* eine Reportage über Chávez. Er interessierte sich besonders für die psychologischen Aspekte. Daher interviewte er unter anderem den Psychiater Edmundo Chirinos aus dem politischen Umfeld des Präsidenten. Chirinos leistet Chávez professionelle Dienste. Er ist narzisstisch, sagte ihm Chirinos. Nach Freud bemüht sich die narzisstische Persönlichkeit sehr darum, bewundert zu werden, Aggressivität ist bei ihr ein ständiger Charakterzug und sie ist davon überzeugt, dass ihre mündlich vorgetragenen Mitteilungen die Zuhörer so sehr gefangen nehmen, dass damit der Lauf der Ereignisse geändert wird. Sie akzeptiert nur diejenigen in ihrer Umgebung, die sie loben und ihre Befehle vorbehaltlos und ohne Einwände in die Tat umsetzen.

„Narzisstische Führungspersönlichkeiten können in Krisensituationen Menschenmassen inspirieren oder als Erneuerer ihrer Umgebung wirken. Sie sind misstrauische, autarke Führer mit einer Tendenz zur Selbstisolierung, weshalb denn auch jeder als Bedrohung empfundene Umstand leicht eine blinde, schwer kontrollierbare Wut freisetzt, während die Erzielung kleinerer Erfolge sie dazu bringt, sich als grandios zu empfinden.“<sup>10)</sup>

Zu diesen psychopathischen Problemen kommt ein eingestandenes soziales Ressentiment hinzu. In seinen Reden betont er immer wieder, er sei einer, der „den Fuß auf den Boden hat“, womit er auf eine Kindheit anspielt, in der er so arm war, dass er nicht einmal Schuhe tragen konnte. Er brüstet sich, zur

10) „El narcisismo en el liderazgo“. Michael Maccoby, *Harvard Business Review*, Januar–Februar 2000.



*chusma* zu gehören, wobei er einen Ausdruck des in Lateinamerika gesprochenen Spanisch verwendet, der das „Lumpenproletariat“ meint, auf das sich Marx bezog.

Er verbirgt auch nicht den Rassenkomplex, den er wegen seiner ethnischen Merkmale hat. Genau wie in anderen lateinamerikanischen Ländern, gibt es auch in Venezuela Rassendiskriminierung, obwohl es sich in allen diesen Fällen um Mischvölker mit hohen Anteilen schwarzer und indianischer Bevölkerung handelt. In den Streitkräften, aus denen Chávez kommt, gibt es nur sehr wenige Schwarze oder Indios im Generals- oder Admiralsrang. Chávez verrät seinen Komplex durch die ständige Erwähnung seiner Großeltern, die Indios und Mulatten waren. Vielleicht tut er es auch durch seine Scheidung, die er einreichte, um eine blonde Frau heiraten zu können.

Ob man den Bemerkungen über Chávez' Persönlichkeit und über die Identifikationsprobleme, die er, wie er selbst bekennt, sein Leben lang gehabt hat (Profisportler, Sprecher im Rundfunk, Maler, Sänger), nun Glauben schenken kann oder nicht, in der Ausübung des Präsidentenamts ist er jedenfalls seiner wahren Berufung begegnet.

## ■ Revolutionärer Messianismus

Wie sich herausstellte, war der venezolanische Kommandant ein gerissener Politiker, ein „politisches Tier“, mit einer Leidenschaft für die Macht in jeder nur erdenklichen Hinsicht und auf unbegrenzte Zeit. Er versichert oft, er werde im Jahr 2021 die Feierlichkeiten leiten, die dann zum zweihundertsten Jahrestag der Schlacht von Carabobo, dem Ende der Kolonialzeit, stattfinden werden.

Chávez empfindet die Macht als Lust. Er hält sich selbst für einen der wichtigsten Politiker der Welt. In mehreren Interviews hat er bekannt, dass er sich berufen fühlt, den weltweiten Kampf gegen Globalisierung und Neoliberalismus zu fördern und ihm die Richtung zu weisen.

„Ich gehorche dem Mandat der Völker und dem Denken Simón Bolívars.“ Dies ist nicht das erste Mal, dass venezolanische Regierende ihr eigenes Bild mit dem des Helden aus Caracas haben verbinden wollen. Das Neue an Chávez ist sein Vorschlag, Bolívar zum

ideologischen Bezugspunkt für eine internationale politische Bewegung zu machen, die die ökonomischen Modelle und Machtverhältnisse im 21. Jahrhundert verändern soll.

Ein Musterbeispiel des messianischen Revolutionärs in der Ära der Globalisierung. Ein Prophet, der sich „an die Völker der Welt“ wendet. Es ist kein unbewaffneter Prophet. Seine Waffe ist das Erdöl. Im Oktober letzten Jahres veröffentlichte *Time Magazine* eine Reportage über Chávez. „Er ist der neue Führer der OPEC und er geht davon aus, dass diese Führerschaft es ihm ermöglichen wird, eine Strategie gegen die Globalisierung zu entwickeln.“

Er war der erste westliche Regierende, der Saddam Hussein besuchte, um ihm seinen Protest gegen die dem Irak auferlegten Sanktionen zu bezeugen. Das Treffen und die Gespräche mit Saddam Hussein wurden von der internationalen Presse in großer Aufmachung veröffentlicht. *The Wall Street Journal* merkte an, Chávez' Außenpolitik sei ein Rätsel.

Er traf sich mit Gaddafi in einem Zelt, das auf dem Gelände der 1986 durch einen amerikanischen Luftangriff zerstörten Residenz des libyschen Revolutionsführers aufgestellt worden war. Dort pries er „den libyschen Kampf, denn wir sind Brüder im Kampf um die Souveränität der Völker. Libyen war in diesen Kämpfen beispielgebend“. Gaddafi erklärte: „Das von Hugo Chávez geführte Venezuela ist dazu bestimmt, an der Spitze der Bewegung für die Einheit Lateinamerikas zu stehen.“<sup>11)</sup>

11) Reuters, AFP, 13. 8. 2000.

In Iran identifizierte er die fundamentalistische Revolution der Ajatollahs mit der bolivarianischen Revolution. Er war voll des Lobes für Khomeini, „vor dessen Grab ich mich andächtig verneige“. Mit China und Russland hat er mehrere Kooperationsabkommen geschlossen, die er als „von vitaler Bedeutung“ für Venezuela bezeichnet. In Moskau erklärte er, er sei ein Bewunderer Lenins, und in Peking, er sei ein Bewunderer Maos.

Fidel Castro hat Venezuela während der Regierungszeit Chávez' drei Mal besucht. Beim zweiten Mal, im Oktober 2000, blieb er mehrere Tage dort und hielt zahlreiche Reden, eine davon in der Nationalversammlung. Der Sonderkorrespondent von *El Mundo* aus Madrid fasste den allgemeinen Eindruck so zusammen: „Fidel Castro nutzte seine Ehrung

durch die Nationalversammlung Venezuelas, um Hugo Chávez als seinen Nachfolger zu beschreiben und ihm den Ritterschlag zu erteilen, der ihn zum kommenden Führer der Dritten Welt macht.“

Bei seinem letzten Besuch war Castro eingeladen worden, um an den Ufern des Orinoco seinen Geburtstag zu feiern. Chávez erklärte den Grund für die freundliche Aufnahme: „Um ihm noch einmal zu sagen, dass wir ihm unsere Herzen, unsere geschwisterliche Liebe, unser Vertrauen, unsere Hand und unsere Seele gegeben haben.“ In seiner Rede sagte Fidel: „Damit die kubanische Revolution leben kann, muss die bolivariische Revolution leben.“ Das war nicht bloß die typische Fidel-Rhetorik. Venezuela liefert Kuba 53 000 Fass Erdöl am Tag. Kuba revanchiert sich mit Experten und Beratern.

### ■ Die Komplexität der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

Als Bush sein Amt als Präsident antrat, hieß es, in Lateinamerika werde Chávez die größte Herausforderung für ihn sein. In der Tat, Chávez ist der Meinung, dass die Globalisierung und der Neoliberalismus die Ursachen für die gegenwärtigen Übel der Menschheit, ihre Kraft aus der Macht eines Imperiums zögen, das selbst einen schrankenlosen Kapitalismus praktiziere und ihn den anderen aufzwinge. Ein neues Machtgleichgewicht in der Welt sei unerlässlich, um die Globalisierung humaner zu machen und den Neoliberalismus zu bremsen. Der erste Feind, den es an dieser Front zu besiegen gelte, sei die Unipolarität.

Während der Clinton-Administration nahm die Regierung der Vereinigten Staaten Chávez nicht ernst. Clintons Politik bestand darin, ihn zu ignorieren. Seine Berater sagten ihm, die antiamerikanische Rhetorik sei eine Provokation, um die Rolle eines David im Kampf gegen Goliath einzunehmen. Clintons Botschafter in Caracas, John Maisto, unterhielt sehr freundliche Beziehungen zu Chávez und erklärte mehrmals, Chávez habe keine Maßnahmen ergriffen, welche die Interessen der USA beeinträchtigten. Das State Department folgte Maistos Ansatz, angesichts der Tatsache, dass Venezuela im Gesamtkontext der auswärtigen Beziehungen Washingtons kein vorrangiges Thema darstellt.

12) *The Washington Post*,  
5. 11. 2000.

13) *The New York Times*,  
6. 11. 2000.

14) *The New York Times*,  
29. 12. 2000.

Beim Amtsantritt Bushs veröffentlichte die *Washington Post* einen Leitartikel, in dem sie der neuen Administration eine Strategie für den Umgang mit Chávez empfahl, da dieser inzwischen zur „Führungsfigur der nordamerikanischen Linken in Lateinamerika“<sup>12)</sup> geworden war. Am Tag danach folgte ihr die *New York Times*. „Chávez möchte ein Symbol des Widerstandes gegen den amerikanischen Einfluss nicht nur in Lateinamerika, sondern in der ganzen Welt werden. Washington wird ihn sehr genau beobachten müssen.“ Der Leitartikel führte weiter aus: „Washington sollte unnötige Auseinandersetzungen vermeiden. Der Aufstieg eines linken demagogischen Führers in Lateinamerika stellt nicht mehr die Bedrohung dar, die sie noch während des Kalten Krieges bedeutete.“<sup>13)</sup>

Am Jahresende veröffentlichte die *New York Times* auf ihrer ersten Seite eine Reportage über Venezuela. „Bush kann dem venezolanischen Führer gegenüber eine harte Haltung einnehmen. Nach zwei Jahren, in denen die USA einer Auseinandersetzung sorgfältig aus dem Wege gegangen sind, wird die Bush-Administration nach Aussage der offiziellen republikanischen Experten für internationale Politik wahrscheinlich eine härtere Gangart gegenüber dem populistischen Führer einschlagen.“<sup>14)</sup>

Bush bat die Staatspräsidenten von Brasilien und Mexiko, Chávez Mäßigung anzuraten. Beim Treffen von Bush und Cardoso im vergangenen März äußerte der amerikanische Präsident gegenüber seinem brasilianischen Kollegen seine Verstimmung über Chávez' unfreundliche Handlungen, wie *O Estado do Sao Paulo* berichtete. Staatspräsident Fox bat er, Chávez über die weniger tolerante Einstellung der neuen Administration gegenüber unfreundlichen Initiativen wie der Zusammenarbeit mit Fidel Castro und der Unterstützung kolumbianischer Guerillaorganisationen warnend in Kenntnis zu setzen. Diese Information wurde von mehreren mexikanischen Zeitungen in den ersten Apriltagen dieses Jahres veröffentlicht.

Die von Chávez unternommenen Schritte, um zu einem Staatsbesuch in Washington eingeladen zu werden, blieben erfolglos. Beim Gipfel der amerikanischen Staats- und Regierungschefs, der im April in Québec stattfand, gelang es ihm nicht, sich mit Bush zu treffen, außer in der gemeinsamen Versammlung

mit den Staatschefs der Andenländer. Er konnte Bush auch nicht dazu bewegen, eine Einladung nach Caracas anzunehmen.

„Wir bemühen uns, nicht auf Chávez zu reagieren. Wir registrieren aufmerksam, was er sagt. Einige seiner öffentlichen Aussagen vergrößern die Distanz zwischen uns. Das State Department ist weiter gewillt, gute Beziehungen zum venezolanischen Volk und den demokratischen Institutionen Venezuelas zu unterhalten.“ Dies ist die letzte offizielle Erklärung aus Washington. Sie wurde am 5. September diesen Jahres von Lino Gutiérrez abgegeben, dem Unterstaatssekretär für Lateinamerika-Politik.

In diplomatischen Kreisen Washingtons heißt es, für das Weiße Haus sei Chávez ein Ärgernis, wenngleich man ihn nicht als Bedrohung betrachte.

Die Venezuela-Experten der Regierung versichern, die wirtschaftspolitischen Fehler Chávez' seien so groß, dass das Regime dadurch unhaltbar werde.

### ■ Die Interamerikanische Demokratische Charta

Die US-Diplomatie beschränkt sich nicht aufs Beobachten und Warten. Man hat sie mit einer Rakete bestückt. Es ist dies die Interamerikanische Demokratische Charta, entworfen während des Gipfeltreffens von Québec und angenommen in Lima am 10. September. Eingedenk der von Fujimori in Peru geschaffenen Situation, erklärt sie die Existenz undemokratischer Regierungen in der regionalen Gemeinschaft für unannehmbar, und ebenso die Existenz solcher Regierungen, die zwar aus Wahlen hervorgegangen sind, später aber während der Machtausübung ihre demokratische Legitimation verloren haben. Sie schafft flexible Mechanismen, um gegen die aus Staatsstreichen oder „gegen sich selbst gerichteten“ Staatsstreichen hervorgegangenen Regierungen Sanktionen zu verhängen und sie zu isolieren. Chávez begriff, dass das unmittelbare Ziel der Charta er selber sein könne. Er tat, was er konnte, um das Projekt von Québec in wesentlichen Punkten zu verändern, aber in Lima blieb ihm keine andere Wahl, als sich der einstimmigen Meinung der anderen anzuschließen.

Am 11. September war Colin Powell in Lima, um das Interesse seiner Regierung an dem neuen Instru-

ment zu bekräftigen. Die Experten für lateinamerikanische Politik, darunter besonders die venezolanischen, fragen sich, wie wohl das neue Szenario für Chávez aussehen wird.

Der venezolanische Staatspräsident hatte die terroristischen Attentate genau wie alle anderen Staats- und Regierungschefs der Welt verurteilt, wenngleich er dies als letzter der lateinamerikanischen Präsidenten tat. Er ordnete mit großer Entschiedenheit an, die jungen „Rotmützen“ (der Ausdruck spielt auf die Abzeichen der Chávez-Anhänger an) sollten nicht auf der Teilnahme an Jubelveranstaltungen bestehen, bei denen die amerikanische Flagge verbrannt wurde.

Am Abend des 13. September bot Chávez über seine traditionelle Kette von Radio- und Fernsehsendern an, Ärzteteams und Hilfspersonal zur Suche und Rettung von Opfern in die Vereinigten Staaten zu schicken. Die Botschaft in Caracas bedankte sich für die Solidarität des venezolanischen Volkes und lehnte das Angebot von Chávez ab.

Nach Ansicht des republikanischen Experten Mark Falkoff ist Chávez eine „Road-Show-Version“ des jungen Fidel Castro. Aber in Venezuela liegen die bedeutendsten Erdölreserven außerhalb des Nahen Ostens. „Die Vereinigten Staaten brauchen das Erdöl von Chávez, und er braucht unsere Dollars.“

Das ist Chávez' Trumpfkarte. „In Anbetracht der terroristischen Angriffe habe ich angeordnet, die Erdöllieferungen an die Vereinigten Staaten zu gewährleisten.“

Die Geschichte der Herrschaft von Chávez ist an ihrem wohl spannendsten Kapitel angelangt. Die Venezolaner fragen sich, welche Erscheinungsform das Erdöl nach dem 11. September annehmen wird. Die von Dr. Jekyll oder die von Mr. Hyde?

Das Manuskript wurde am 17. September 2001 abgeschlossen.